Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, Mai/Juni 2016 *66. Jahrgang, Nr. 763/64*

Die Zeit war reif zu handeln und sich öffentlich zu zeigen!

Im früheren Potsdamer Stasi-Knast erinnern ehemalige Häftlinge an das Unrecht der DDR

Anlässlich des Internationalen Museumstages fand am 22. Mai 2016 in der Gedenkstätte Lindenstraße Potsdam ein Zeitzeugentreffen von ehemaligen Häftlingen statt. Unter dem diesjährigen Motto „Museen in der Kulturlandschaft“ beteiligte sich die Gedenkstätte mit einer Sonderausstellung, die den bezeichnenden Titel trägt:

Bin unschuldig hier

Vom 22. Mai bis zum 26. Juni werden Gesichter aus zwei Diktaturen des ehemaligen Untersuchungshaft- und Gerichtsortes an der Außenfassade der Gedenkstätte Fotoportraits gezeigt. Mit der Ausstellung wird an Menschen erinnert, die während der NS Zeit, der sowjetischen Besatzungsherrschaft und der SED-Diktatur aus rassischen und politischen Gründen verfolgt, inhaftiert und verurteilt wurden. Die Ausstellung tritt damit zeitweilig aus ihren Mauern heraus und ist im offenen Stadtraum präsent. Anwohner, Passanten und Touristen werden angeregt, innezuhalten, über die Portraits der Menschen und deren Schicksale nachzudenken.

Die Gedenkstätte Lindenstraße erinnert am historischen Ort an die Opfer politischer Verfolgung und Gewalt in den beiden unterschiedlichen Diktaturen des 20. Jahrhunderts in Deutschland, sie steht aber auch für den Sieg der Demokratie infolge der Friedlichen Revolution 1889/1990 und verdeutlicht, dass die Menschen in viereinhalb Jahrzehnten SED-Diktatur nicht umsonst Widerstand geleistet und hier gelitten haben. Für die Aufarbeitung des Unrechts setzen sich immer wieder ehemalige Inhaftierte, aber auch Bürgerinnen und Bürger ohne „Haftgeschichte“ ein. Besonders intensiv kümmert sich der zu dieser Anstalt gegründete Förderverein, dem der ehemalige Präsident des Potsdamer Landgerichts Klaus-Peter Ladner vorsteht. Ebenso finden seit einigen Jahren Zeitzeugenveranstaltungen an Potsdamer Schulen statt.

Gisela Lotz (Text und Foto)
VOS-Bezirksgruppe Pforzheim

Das Foto zeigt die Teilnehmer vor der Außenfassade in der Lindenstraße. Gisela Lotz als 3. von links in der vorderen Reihe.

Ich möchte den heutigen Redaktionsartikel mit ein zwei tendenziell positiven Meldungen beginnen. Zunächst sei gesagt, dass mein Gesundheitszustand nach nochmaligem Rückschlag wieder weitestgehend hergestellt ist und ich mich ganz herzlich für die eingegangenen Wünsche – es waren nicht mal wenige – bedanken möchte. Leider hat es bei der jetzigen und bei der vorigen Fg-Ausgabe Verzögerungen gegeben, wobei im zweiten Fall Paketversender DHL verantwortlich war und es diesmal doch noch an den Nachwirkungen des Krankenhausaufenthaltes lag. Üblicherweise verlassen die Dateien für die anstehende FG spätestens zum 15. des jeweiligen Monats meinen PC. Die nachfolgenden Schritte obliegen dann der Geschäftsstelle, der Druckerei und dem Versandunternehmen.

Die zweite positive Nachricht betrifft die finanziellen Verpflichtungen der VOS. Bekanntlich hat der Vorstand schon gut ein Jahr auf einen Termin bei Gericht gewartet, um für unsere Situation Klarheit schaffen zu können. Wir erinnern uns, es geht um Beiträge, die als Nachzahlungen an Renten- und Krankenkassen zu leisten sind, da einige frühere Beschäftigte nicht vorschriftsmäßig versichert gewesen sind. Das Bestreben der VOS war es, vor allem von dem Höchstbetrag einer Nachzahlungspflicht befreit zu werden, indem bei den Berechnungen nur eine begrenzte Zahl von Jahren zugrunde gelegt wird. Dies wurde nun bei einem Gerichtstermin im Monat März erreicht. Damit ist die Schuldensumme zwar nicht gelöscht, aber doch erträglicher geworden. Die Fragen, die sich verständlicherweise beim Leser nach den Details ergeben, kann ich indessen nicht beantworten. Ich selbst war bei dem Termin nicht dabei, und zudem stehen neben einem offiziellen Bescheid noch weitere Gespräche aus. Dies ist auch der Grund, dass in der vorigen Ausgabe trotz erfolgter Ankündigung keine Informationen in dieser Sache enthalten waren. Die Nachfragen, die dann kamen, verstehe ich im Übrigen nicht als Vorwurf gegen mich oder den amtierenden Vorstand. Wir alle (!) wollen, dass die VOS weiterbesteht, und wir erwarten von der Fg natürlich eine möglichst große Transparenz, was die Arbeit des Vorstandes und die finanzielle Situation im Verband angeht. Glücklicherweise nähern wir uns nun bereits der nächsten Generalversammlung, während der auch dieses Thema besprochen werden kann.

Weniger positiv sehe ich die Entwicklung der VOS hinsichtlich der Mitgliederzahlen. Über selbiges Problem habe ich schon oft genug geschrieben. Es scheint unlösbar. Monatlich verlieren wir Kameradinnen und Kameraden, ohne dass sich die Reihen entsprechend wieder auffüllen.

Auf ein Wort des Redakteurs

Einen kleinen Hoffnungsschimmer sehe ich indessen doch: In der letzten Zeit haben wir erlebt, dass sich an früheren Haftanstalten zunehmend Initiativen oder Kreise ehemaliger Häftlinge gegründet haben, denen es um den Erhalt der geschichtlichen Wahrheit und um das Gedenken geht. Fast immer müssen sich die Betroffenen auch erst einmal untereinander bekannt machen. In den U-Haftanstalten lag man zwar auf engstem Raum zusammen, aber man kam lediglich mit dem Mit-Inhaftierten der eigenen Zelle in Kontakt. Wer jenseits der dicken Zwischenwände eingepfercht war, wusste man nicht. Viele Opfer wissen nicht, dass es eine VOS und eine Freiheitsglocke gibt, über die sie sich ausreichend vernetzen könnten, um mehr voneinander zu erfahren. Daher sollten wir zumindest bei diesen Gruppen und ihren Treffen etwas Werbung für unseren Verband machen. Schließlich berichten wir in der Fg meist ausführlich, wenn Veranstaltungen oder Treffen stattfinden. Jüngstes Beispiel ist der einstige Potsdamer Stasi-Knast in der Lindenstraße. Spontan kamen mehr als zwanzig „Ehemalige“ an diesen schaurigen Ort. Auch beim Zuchthaus Brandenburg tut sich etwas. Mit großem Engagement versuchen Michael Schulz und seine Mitstreiter etwas auf die Beine zu stellen, das irgendwann vielleicht an das Erinnerungsformat der Anstalten von Cottbus und Bautzen heranreicht. Ich halte diese Initiative für sehr wichtig, da ich ebenfalls in Brandenburg gebüßt habe.

Mit der Schilderung dieser Fakten möchte ich auf die Möglichkeit hinweisen, dass man zugleich in der VOS, aber auch in einer Gemeinschaft von Inhaftierten einer einzelnen Haftanstalt sein kann. Wir als VOS verfolgen dieselben Ziele wie die kleineren Initiativen: Gedenken, Erinnerungen bewahren und Geschichte aufarbeiten. Und es geht nach wie vor um die bessere Versorgung der Opfer bzw. um eine umfassendere Entschädigung. Je mehr wir zahlenmäßig sind und je öfter wir auf unsere Schicksale hinweisen, umso eher haben wir eine Chance, unsere Situation weiter zu verbessern. Derzeit sieht es jedenfalls so aus, dass in Sachen Haftzwangsarbeit, wo eigentlich alle Fakten und Beweise auf dem Tisch liegen, Stillstand eingetreten ist. Auch bei den Forderungen im Rahmen der Opferrente sind wir inzwischen wieder schweigsam geworden. Dabei hat sich an den teils unzulänglichen Bedingungen (Halbjahresregel, keine Übertragung auf die Hinterbliebenen) nichts geändert. Die Benachteiligungen sind geblieben.

Im August gibt es nun wieder zwei runde Jahreszahlen für das Gedenken an geschichtliche Ereignisse. Zum einen ist es am 13. August 55 Jahre her, dass die Berliner Mauer errichtet wurde, zum anderen jährt sich am 18. August jener denkwürdige Tag zum 40. Mal, an dem sich der evangelische Pfarrer Oskar Brüsewitz in Zeitz mit einer Milchkanne voller Benzin übergoss und anzündete. Es war das Fanal und das Signal, dem später viele folgten. Die Ausstellung zum Schicksal des Oskar Brüsewitz beginnt am 1. September in der Gedenkstätte Roter Ochse. Dort findet am selben Tag auch die Eröffnung (unter meiner Teilnahme) statt. Es wird eine Gelegenheit sein, zugleich über die Situation der Opfer zu sprechen.

Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter

In dieser Ausgabe – Themen, Hinweise, Daten

Titelseite

Die Erinnerung ist wichtig, denn sie hilft, die Wahrheit zu bewahren
Ehemalige Inhaftierte des Potsdamer „Lindenhotels“ treffen sich an einstiger Leidensstätte

***Redaktionsthema*:**

Positives und Bedenkliches in der VOS
Unser Verband erholt sich finanziell, aber er schrumpft hinsichtlich der Mitglieder 2

Aufruf: Das Erinnern darf nicht der Gleichgültigkeit anheimfallen?
Potsdamer Ex-Häftling möchte Kreis von ehemaligen Häftlingen gründen 4

Die Hochschule ist getilgt, warum nicht auch die von ihr verliehenen Titel?
Muss es weiterhin „Stasi-Akademiker“ geben? 5 - 6

Die „Geheimnisse von Kapen“ und die Todesautomaten nun auch im MDR
Über die Herstellung der Selbstschussanlagen und die Rolle Michael Gartenschlägers 7

Der Bau der Mauer hatte sich angekündigt
Das Ergebnis der Recherchen gibt Aufschlüsse 8

Wiederwahl und Glückwünsche der VOS
Zweite Amtsperiode genehmigt 10

Auch wenn das Interesse abnimmt, bleiben wir standhaft bei der Wahrheit
Berlin, Leipzig, Mainz:
Der Volksaufstand vom Juni 1953 wird durch die VOS weiter öffentlich gewürdigt 9, 10, 11

Der Präsident geht, wer wird ihm folgen
Joachim Gauck tritt nicht wieder an 10

Roland Jahn ist nicht nur Gast!
BStU-Leiter nimmt an Vorstandssitzung teil 11

Die Aussichten bleiben trübe
Politik zeigt Verständnis, aber leider keinen (guten) Willen beim Rentenrecht 11

Das war schon immer so: Die Opfer sind doch selbst schuld
Die Literatur-Verantwortlichen der DDR bestimmten, wie die Geschichte zu sein hatte 12 - 13

Verbittert, uneinsichtig und schmallippig
Nun ist auch Margot Honecker tot 13

Niemand soll sich für „unabwählbar“ halten!
Eine Betrachtung der Parteienlandschaft und ihrer Entwicklung 14

Nachruf auf G. Kühme und R. Parlau
Zwei Kameraden, die viel gelitten haben, aber im Herzen freundlich blieben 15

Termin: Treffen der Ex-Häftlings-Frauen aus Hoheneck / Bundesgeschäftsstelle 16

Information/ Veranstaltungen 6, 16
Todesmeldungen, Nachruf 15
Impressum / Aufruf, 16

Anzahl der Spender geht wieder leicht zurück

Allen einen herzlichen Dank

Horst Krutzsch, Karl-Heinz Seel, Holker Thierfeld, Harald Ruschin, Hagen Herbst, Dr. Peter Klopf, Dr. Fred Mrotzek, Werner Modrow, Wolfgang Seidel, Ingrid und Michael Faber, Roland Steinbach, Alexander Wörner, Hans-Jürgen Jennerjahn, Heinz-Günter Maaßen, Ruth Annelies Anders, Jürg Dollny, Alfred Ullmann, Ingolf Braungart, Erika Schellenbeck, Fritz Schaarschmidt, Ursula Frehse und Horst Bode, Norbert Behle, Wilfried Seifert, Karl-Heinz Hammer, Gerhard Bohne, Christel Haustein, Reinhard Golde, Karl-Heinz Ulrich, Günther Nollau, Günther Schünemann, Waltraud Rosemarie Horn, Maria und Reinhard Walther, Friderun und Egon Seel, Horst Radigk, Jürgen Weisbach, Holger Buge, Rainer Hohmuth, Herta Lahne, Liesel Albina Mayer.

Bitte nicht vergessen: Jede Zuwendung nützt dem Erhalt unseres Verbandes! Auch wenn wir uns wieder gefestigt haben, brauchen wir einen langfristigen Rückhalt.

Das Zitat: Es ist Zeit, allmählich die menschlichen Seiten unseres Denkens und Handelns in die sich wieder zusehends abkühlende Aura unserer Gesellschaft einzuführen.

Andreas Kaiser, VOS-Aktivist und Künstler

An Aufgabe ist nicht zu denken!

Weitere Demo für gerechte Rente in Karlsruhe

So wenig verheißungsvoll die Aussicht auf eine Rücknahme des Renten-Unrechts gegen Übersiedler und Ex-Häftlinge der DDR auch dargestellt wird, geht der Kampf doch weiter. Am 21. Juni versammelten sich knapp 30 Mitstreiter aus VOS und IEDF vor dem Haupteingang zum Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, um erneut auf sich aufmerksam zu machen. Trotz der relativ geringen Teilnehmerzahl – unter ihnen auch der frühere VOS-Bundesvorsitzende Rainer Wagner – ist die Aktion ein großer Erfolg, denn die Demonstranten hatten weite Wege auf sich genommen und sind durchweg schon etwas älter. Das Foto zeigt Hugo Diederich bei der Demo am 13. April in Berlin. *VB*

Das ist unsere Aufgabe: Die Wahrheit unverfälscht erhalten!

Aufruf eines ehemaligen Häftlings der Potsdamer MfS-Untersuchungshaftanstalt zur Gründung einer Vertretung von früheren Insassen dieses Gefängnisses

Am 22. Mai 2016 fand ein Treffen ehemaliger Häftlinge der MfS- Haftanstalt Potsdam („Lindenhotel") statt. Die Betroffenen stellten dabei u. a. fest, dass sie – fast 27 Jahre nach dem Mauerfall – allmählich in die Jahre kommen und es somit wichtig wäre, eine Initiative zu gründen, in der die authentische Stimme ehemaliger Insassen hörbar aktiv wird. Hierzu sandte Bernd Richter, einstmals Gefangener in der UHA, einen Aufruf an die Redaktion der Fg, in dem er Kontakt zu weiteren ehemaligen Häftlingen sucht, die sich im vorgenannten Sinn einbringen möchten. Sein Aufruf wird nachstehend veröffentlicht. Wer Interesse hat, melde sich bitte bei der Bundesgeschäftsstelle der VOS, da die Veröffentlichung der Privatadresse in der Fg aus Gründen des Datenschutzes bedenklich wäre.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leidensgefährten, ehemalige Häftlinge der Potsdamer Haftanstalt Lindenstraße 54 und anderer Haftanstalten für Opfer politischer Verfolgung in der ehemaligen DDR,

vor zwei Tagen, am internationalen Tag der Museen und Gedenkstätten, hatte ich die Gelegenheit als ehemaliger Häftling in der Gedenkstätte für Opfer politischer Gewalt Potsdam, zu vielen von Euch zu sprechen und zu appellieren, auch für diese Haftanstalt eine Häftlingsvertretung zu gründen. Leider gehören wir derzeit noch zu den wenigen Gedenkstätten gleicher Art, die diese Vertretung ehemaliger Leidensgefährtinnen und Gefährten nicht nachweisen kann.

Wie ihr wisst, ist gerade unser Haus in Potsdam in seiner Größe und Vielseitigkeit wunderbar erhalten geblieben. Viele tausend Schüler, Studenten und Lehrer, aber auch Menschen aller Altersgruppen und Nationalitäten kommen jährlich hierher und werden von ehemaligen Häftlingen und hervorragend ausgebildetem Personal betreut. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die Wahrheit über unsere Qualen unverfälscht und in all ihren Facetten für die nachfolgenden Generationen erhalten bleibt. Deshalb ist es notwendig, dass wir ebenfalls an der Gestaltung der Gedenkstätte teilhaben, was bisher kaum der Fall war.

Bitte unterstützt mich in meinem Anliegen und beteiligt euch an der Gründung einer Häftlings- Vertretung. Unser Leiden soll niemals vergessen und als Mahnung gezeigt werden.

Die Zeit drängt.

Selbstverständlich spreche ich hiermit nicht nur ehemalige Häftlinge der Potsdamer Lindenstraße 54 an. Auch jene, die zu DDR Zeiten als politisch Verfolgte in anderen Einrichtungen inhaftiert waren, sind willkommen.

Bitte schreibt und teilt mir mit, ob ihr euch an dieser Vertretung beteiligen möchtet.

Ich freue mich auf eure zeitnahen Rückmeldungen, freundliche Grüße

Bernd Richter
ehemaliger Häftling 1972 in der Untersuchungshaftanstalt des MfS der DDR, Potsdam

Anm. d. Red.: Bernd Richter lebt in einer Gemeinde in der Nähe von Potsdam. Meldungen werden umgehend weitergeleitet.

Die hier abgebildeten Fotos zeigen ehemalige Insassen der UHA Potsdam. Die Fotos wurden anlässlich des Treffens am 22. Mai an der Außenfassade des Gebäudekomplexes präsentiert. Wer sich oder einen Mithäftling hier wiedererkennt, kann dies der Bundesgeschäftsstelle der VOS mitteilen. Die Aufnahme stammt von Gisela Lotz. Sie wurde wegen besserer Übersichtlichkeit dreigeteilt.

Bei einigen Aussagen des Schreibens gerät man schnell ins Stutzen

Peter Heubach verfolgt sein Ziel zur Aberkennung akademischer Grade des MfS weiterhin

Mit großer Zielstrebigkeit verfolgt unser VOS-Kamerad Peter Heubach das Ziel der Aberkennung von akademischen Graden, die in der ehemaligen DDR auf dem „Wissensgebiet“ der „MfS-Arbeit“, der „Funktionsweise“ des Grenzsystems und anderen menschenfeindlichen Methoden vergeben wurden. Bereits mehrfach berichteten wir in der Fg von seinen Anfragen, Petitionen und Forderungen an die Instanzen der Politik, aber auch an die Abgeordneten selbst. Und wiewohl sich die Angesprochenen bzw. Angeschriebenen oftmals winden und den Antragsteller mit den üblichen Floskeln zu vertrösten oder ruhigzustellen versuchen, lässt sich dieser nicht aufhalten und bringt seine Argumente ein ums andere Mal hartnäckig vor.

Die Fotos zeigen Peter Heubach, der übrigens aus der thüringischen Stadt Sonneberg stammt und mittlerweile in Mecklenburg-Vorpommern lebt, als Jugendlichen und in seinem heutigen Aussehen. Sie wurden der Web-Seite www. zeitzeugenbuero.de entnommen, auf der Informationen über Schicksale von Zeitzeugen und Beiträge zu aktuellen und geschichtlichen Themen zu finden sind.

In seinem neuesten Anschreiben an die Fg teilt uns Kamerad Heubach Folgendes mit: *Anlässlich des Bundeskongresses der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen vom 22. 4. bis 24. 4.2016 nahm ich die Gelegenheit wahr, mich mit der Justizministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Frau Uta-Maria Kuder zu unterhalten. In diesem Gespräch informierte ich die Ministerin über meine Bemühungen zur Aberkennung der akademischen Grade des früheren MfS-Personals und schilderte aus persönlicher Sicht und Erfahrung, wie uns dieses „Sicherheitsorgan“ geschadet hat.*

Zu den bereits vorher eingeleiteten Aktivitäten gehört Peter Heubachs Anfrage an den Vorsitzenden der SPD, wobei daran erinnert sei, dass Kamerad Heubach selbst Mitglied dieser Partei ist. Vor kurzem erhielt er vom Bundesvorstand der SPD ein Schreiben, das im Auftrag des Bundesvorsitzenden Sigmar Gabriel verfasst wurde. Darin heißt es (auszugsweise):

Sehr geehrter Herr Heubach,
lieber Peter,

In deinem Schreiben thematisierst Du die fehlende Aberkennung der akademischen Grade der Juristischen Hochschule des MfS Potsdam und die Abschlüsse der Hochschule der Grenztruppen Suhl.

Mit Schreiben vom 26. März 2016 hast Du vom Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages eine Zwischennachricht erhalten.

Als Bürger gehört es zum demokratischen Grundrecht, eine Petition – lt. Art. 17 des Grundgesetztes (GG) – einzureichen. Dieses Grundrecht ist und wird hoch geschützt. Es wird daher – aus gutem Grund – nur dem Petenten selbst eine schriftliche Auskunft erteilt. Ich bitte um Verständnis, dass es mir daher leider nicht möglich ist, auch nur den Versuch zu unternehmen, in diesen Vorgang einzugreifen.

Den Stand der Behandlung Deiner Petition kannst nur Du über eine erneute Anfrage klären.

Zum Umgang mit den von Dir kritisierten Abschlüssen wurde im Einigungsvertrag folgende Regelung getroffen: „Ein an der Juristischen Hochschule Potsdam-Eiche oder einer vergleichbaren Einrichtung erworbener Abschluss berechtigt nicht zur Aufnahme eines gesetzlich geregelten juristischen Berufs." Gleichwohl wurde die Führung des Titels weiter erlaubt. Darüber hinaus stoßen wir auf das Problem, dass über die Aberkennung akademischer Grade die jeweilige Hochschule entscheidet und diese nicht mehr existiert.

Dass einige der Betroffenen trotzdem als Juristen tätig wurden, in dem sie sich noch vor dem 03. Oktober 1990 als Rechtsanwalt niederließen, ist uns bekannt. Die Kritik daran kann ich gut nachvollziehen. Eine Korrektur der Rechtslage über eine rückwirkende Abänderung des Einigungsvertrages halten wir aber schon wegen der Wahrung des Rechtsfriedens für nicht erstrebenswert.

Am 05. April 2016 hat die Expertenkommission „Zur Zukunft der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU)" dem Deutschen Bundestag ihren Bericht vorgelegt, welchen ich Dir als Anlage beifüge.

Unter anderem schlägt die Expertenkommission vor, zukünftig eine/n Beauftragten/n der Bundesregierung als Ansprechpartner/in bzw. Ombudsperson für Opfer der kommunistischen Diktatur und Betroffene im Sinne des StUG einzurichten.

Ich empfehle, die Frage zum Umgang mit den akademischen Graden der Juristischen Hochschule des MfS Potsdam und den Abschlüssen der Hochschule der Grenztruppen Suhl an die/den zukünftige/n Bundesbeauftragten zur Klärung zu übergeben. Ich wünsche Dir viel Glück und Erfolg.

Jens Hartung
Sekretär der Historischen Kommission und des AvS
Geschäftsführer des Forum Ostdeutschland e.V.

Wenn man das Augenmerk auf die wesentlichen Aussagen dieses Schreibens richtet, gerät man schnell ins Stutzen. Es heißt, ein Abschluss an der Stasi-Hochschule berechtige in der Bundesrepublik nicht zur „Aufnahme eines gesetzlich geregelten juristischen Berufs."

→ *S. 6 oben*

von → S. 5

Trotzdem ist man sich der Fehlerhaftigkeit dieser Aussage bewusst. Ändern will man jedoch nichts, obwohl man doch wissen müsste, welcher Verbrechen sich gerade Stasi-Vernehmer schuldig gemacht haben und wie bitter diese großzügige Verfahrensweise bei den Opfern ankommen muss.

Zudem ist es keineswegs gerechtfertigt, von „Ausnahmen“ zu sprechen. Es sind genug einstige Vernehmer, Haftrichter und sonstige Angehörige der „Sicherheitsorgane“ der DDR, die überaus aktiv an der Verfolgung und Inhaftierung von „Staatsfeinden“ beteiligt waren und vielen Opfern einen Schaden für das ganze Leben zufügten und die dennoch in der Bundesrepublik als Rechtsanwälte arbeiten dürfen oder sogar in ihren früheren Ämtern an den Gerichten weiterbeschäftigt sind. Gar nicht davon zu reden, dass frühere Verwaltungsmitarbeiter des Staatsapparates der DDR, die die Diktatur bewusst starkgemacht haben, quasi diskussionslos unter Zahlung von Westgehältern übernommen wurden. Dazu muss man auch Lehrerinnen und Lehrer rechnen, die nach der Wiedervereinigung nicht von ihrer alten Gesinnung abrückten und den ihnen anvertrauten Schülern oft genug das Märchen von einer sozial gerechten und demokratisch geprägten DDR vorlügen.

Bei den Opfern ist man hingegen nicht mit dieser Großzügigkeit vorgegangen. Man hat bei Veranstaltungen fromme Worte für sie und redet sie zu Helden. Spürbare Wiedergutmachungen sind fast nur durch die zähen Kämpfe der ehemaligen Häftlinge selbst zustande gekommen, und auch hier klaffen weiterhin erhebliche Lücken, die allmählich in Vergessenheit geraten. Allein der lange währende Kampf für eine angeglichene Haftentschädigung sowie eine Opferrente und später für deren Aufstockung auf 300 Euro hat gezeigt, welchen Stellenwert – noch dazu im Vergleich zu den Tätern – die ehemaligen politischen Häftlinge haben. Dazu war es zuletzt ausgerechnet diese SPD, die sich gegen die Opferrente gewehrt hatte.

Redet der Bundesvorstand der SPD in seinem Schreiben an Peter Heubach also absichtlich an der Realität vorbei, oder will man sich an begangene Unterlassungen nicht erinnern? Aus Sicht der SED-Opfer gibt e noch genügend „Baustellen“, an denen die Parteien Abhilfe schaffen könnten. Offen ist jedenfalls die Frage der Haftzwangsarbeit. Mittlerweile ist eindeutig bewiesen, dass es diese in der DDR gab, und man weiß genau, welche westlichen Firmen von der staatlich verordneten Sklaverei profitiert haben. Aber es tut sich nichts. Dabei wären die Entschädigungssummen, wenn man das Haushaltsbudget des Bundes zugrundelegt, lächerlich gering. Es fehlt am Willen und an der Einsicht, mal wieder

Was nun die ehemalige Stasi-Hochschule in Potsdam-Eiche angeht, so ist das ganz richtig, dass diese nicht mehr existiert. Alles andere wäre ein Hohn auf die Demokratie. Diese Hochschule wurde im Zuge der Wende nicht geschlossen, weil sie baufällig oder unterbesetzt war. Geschlossen wurde sie, weil sie eine Brutstätte elementaren Unrechts war. Was hier gelehrt wurde, war der Stoff für die rücksichtslose Vernichtung, Schädigung und Zersetzung menschlichen Lebens. Und dies mit hinterhältigen Methoden und auf grobflächige Weise. Ist es also nicht so, dass sämtliche Titel und Abschlüsse, die hier erworben wurden, automatisch der Aberkennung anheimfallen müssten? Heißt es nicht, dass die Beibehaltung von Doktorgraden – auch nach Auflösung der Einrichtung – einer Akzeptanz des begangenen Unrechts gleichkommt? Man kann die Frage, den Vorwurf nicht allein an die SPD richten. Alle demokratischen Parteien wären hier – Einigungsvertrag hin oder her – aufgefordert zu handeln. Und zwar in genau dem Sinn, den Peter Heubach mit seinen Bemühungen verfolgt.

Was die SPD angeht, ist es freilich möglich, dass sie im Hinblick auf eine künftige, vielleicht geänderte Koalitionspolitik – diesmal auf Bundesebene – mit Der Linken liebäugelt. Immerhin drängt sich Die Linke seit Langem der SPD und Bündnis 90/ Den Grünen als Partner für eine Bundesregierung auf, in der die Sozialdemokraten den Kanzler (oder eine Kanzlerin) stellen könnten. Diese Linke vertritt und beschützt jedoch die nicht eben kleine Lobby der MfS-Riege und anderer ehemals staatstragender Behörden. Die Versuchung ist im Hinblick auf die bevorstehende Bundestagswahl in 2017 durchaus vorhanden, und Teile der SPD würden sich offenbar gern darauf einlassen. Die Linke jedoch würde weitere Stammwähler – nicht zuletzt an die aufstrebende AfD – verlieren, würde sie dem Heer ehemaliger Stasi-Leute, den NVA-, Zoll- und Polizei-Angehörigen ihren Schutz entziehen.

Manch einer mag denken, der Kampf, den Kamerad Heubach hier ausficht, wird erstens nicht viel Aussicht auf Erfolg haben, und es mag zweitens Themen und Forderungen geben, die für die Opfer wichtiger und sehr viel nachhaltiger sind.

Dies ist ein Fehlschluss, nicht nur weil es um die (verspätete) Tilgung von Unrecht geht, sondern auch weil seiner Forderung zugleich eine hohe politische Brisanz innewohnt. Es ist daher wichtig, dass außerdem die VOS, voran der Bundesvorstand, diesem Kameraden den Rücken stärkt und ihn bei den nächsten Gesprächen unterstützt. Und wir sollten ihm dankbar sein, wenn er seinen Bericht zur Lage dieser Aktion mit dem Bekenntnis schließt*: Mein Kampf geht weiter!*, und er versichert*: In unseren Bemühungen darf das Parteibuch keine Rolle spielen*.

Tom Haltern

Der nächste Termin im Rahmen der Bemühungen:

Am 15 Juli 2016 wird sich Peter Heubach mit dem Bundestagsabgeordneten der SPD Frank Junge in Bad Doberan treffen. Wichtig wäre es (nicht nur aus seiner Sicht), dass ihn May-Britt Krüger und Fred Mrotzek zu diesem Gespräch begleiten.

Glückwünsche

BZG OWL: Geburtstag und Eintritt in den Ruhestand

Die VOS gratuliert ganz herzlich Eva Mokros zu ihrem 70. Geburtstag und Bernd Pieper zum Wechsel vom Berufs- in das Pensionär-Leben. Beide sind wesentlich am Bestehen und der Gestaltung des Verbandslebens der VOS- Bezirksgruppe Ostwestfalen-Bielefeld beteiligt und tragen durch ihre Aktivitäten zum Zusammenhalt der Gemeinschaft bei. *BV / Red.*

„Die Geheimnisse von Kapen“ und der Tod Michael Gartenschlägers

Die Selbstschussanlagenfabrik Kapen bei Dessau: Nicht alles ist aufgeklärt, aber vieles

Zu den Ereignissen, die das Jahr 1976 mit sich brachte, gehört der Tod des ehemaligen politischen DDR-Häftlings Michael Gartenschläger. Gartenschläger war wegen des Protests gegen den Mauerbau 1961 vom Bezirksgericht Frankfurt/Oder in einem Schau-Prozess vor geladenen Funktionären zu einer lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt worden, die er im Zuchthaus Brandenburg verbüßte. Da er die DDR abgrundtief hasste, nahm er ebenso in der Haft eine konsequente Verweigerungshaltung ein und wurde in eine der gefürchteten Isolationszellen, auch Absonderung genannt, gebracht. Durch die unzureichende Ernährung und die fehlende medizinische Versorgung baute er körperlich ab, so dass er nach zehn Jahren von der Bundesrepublik freigekauft werden konnte, zumal sich zugleich andere, in den Westen entlassene politische Häftlinge vehement für seine Freilassung eingesetzt hatten.

Schon kurze Zeit nach der Übersiedlung wurde Gartenschläger wieder gegen die DDR aktiv. Er betätigte sich als Fluchthelfer und verhalf mehreren DDR-Bürgern in die Freiheit des Westens. Sein „Husarenstück“ vollbrachte er dann jedoch an der Staatsgrenze der DDR, wo er Ende März 1976 eine Selbstschussanlage vom Typ SM 70 abmontierte, die später der gesamten Welt präsentiert wurde. Damit wurde das Honecker-Regime, das stets behauptete, diese heimtückischen Splitterminen gebe es nicht, öffentlich Lügen gestraft. Eine weitere SM-70 holte Gartenschläger am 23. April 1976, und auch diese gelangte in die Öffentlichkeit. Dann, in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai 1976 unternahm er abermals den Versuch, eine Selbstschussanlage abzubauen, doch diesmal wurde er bereits von den Grenzposten erwartet. Er starb im Hagel der Geschosse, wobei der genaue Tathergang nur rekonstruiert werden konnte und in seinem Ablauf nicht als gesichert gilt. Den nachträglichen (nach 20 Jahren) Ermittlungen zufolge, sei Gartenschläger mit einer Pistole bewaffnet gewesen und habe das Feuer eröffnet, nachdem er Geräusche wahrgenommen hätte. Daraufhin seien durch die Grenzposten der DDR mehrere Feuerstösse abgegeben und Gartenschläger durch einen Herzdurchschuss lebensbedrohlich verwundet worden. Im Jahr 2000 wurde der tödliche Angriff auf Gartenschläger vor dem Landgericht Schwerin verhandelt, doch es kam – wie üblich – weder zu einer stichhaltigen Beweisführung noch zu Verurteilungen von Todesschützen und Befehlsgebern. Auch die Frage, ob Gartenschläger durch die vorherigen Aktionen eine hohe Alarmbereitschaft der Grenzposten ausgelöst hatte oder ob sein Plan tatsächlich durch einen falschen Freund verraten worden war, bleibt unbeantwortet. Tatsache ist, dass die Präsentation der SM-70 vor der Weltöffentlichkeit eine Tat von geschichtlich unschätzbarem Wert ist und dass die Kameradinnen und Kameraden der VOS Gartenschläger zurecht in jedem Jahr am Monatswechsel April/Mai durch einen kleinen Marsch und eine Gedenkfeier an die Bedeutung Michael Gartenschlägers erinnern.

Eindeutigeres lässt sich hingegen über die Entwicklung und Herstellung der Splittermine SM-70 aussagen. Hierzu strahlte das MDR-Fernsehen am 31. Mai zur begehrten Sendezeit von 20.45 Uhr einen höchstinteressanten Beitrag aus, der auf den Fakten mehrerer Bücher des Dessauer Autors Joachim Specht (verstorben 2016) und des Fg-Redakteurs Alexander Richter basierte. Berichtet wurde über die Munitionsfabrik Kapen (nahe Oranienbaum bei Dessau), in der diese Selbstschussanlagen in den 1970er Jahren unter strenger Geheimhaltung produziert wurden. So wurden Aufnahmen von den Anlagen gezeigt, in denen die tödlich Sprengkraft und die Reichweite der Minen getestet wurden und welcher Sicherheitsbestimmungen es bedurfte, damit sich bei den Sprengversuchen kein Mitarbeiter des Werkes verletzte. Das Werk war zu DDR-Zeiten mit einer Sicherungsanlage umgeben, die jenen der Grenzanlagen in nichts nachstand. Volkspolizei und MfS schirmten den riesigen Komplex zusätzlich ab, die Beschäftigten unterlagen hohen Geheimhaltungsvorschriften und mussten „politisch zuverlässig“ sein. Erwartungsgemäß war daher kaum jemand aus der ehemaligen Betriebsbelegschaft bereit, über die damaligen Verhältnisse und Verpflichtungen zu sprechen. Immerhin aber gibt es die vorgenannten (inzwischen wieder lieferbaren) Bücher, wobei vor allem die Dokumentation „Die Geheimnisse von Kapen“ eine breite Informationspalette bietet und mit zahlreichen Fotos und Dokumenten die einstigen Betriebsabläufe und deren Hintergründe aufzeigt. Selbst ein Telefonverzeichnis wurde gefunden, in dem man die Namen der einstmals Beschäftigten dieses geheimen Rüstungsbetriebs leicht nachweisen könnte.

Den Bericht des MDR kann man über die Mediathek des Senders abrufen, die detaillierteren Informationen finden sich auf der Internetseite des Verlages unter www.first-minute-buecher.de. Hier sind auch Fotos abgebildet. Der Verlag ist Inhaber der kompletten Rechte an den Fotos und den Inhalten. Wer über einen ebook-Reader verfügt, kann sich zudem zu einem niedrigen Preis den zweiteiligen Roman „Knalltrauma“ herunterladen, dessen Handlungsmitte die Splitterminen-Verletzung ist.

Hugo Diederich

Der außergewöhnliche Stellenwert von V 610 und der 13. August 1961

Abermals taucht die Frage auf: Wurde der Westen vom Mauerbau wirklich überrascht?

"Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten!" – Diese unverschämte Lüge von Walter Ulbricht ist legendär. Aber ebenso legendär ist die Behauptung der Westmächte einschließlich des West-Berliner Senats, von dem Mauerbau quasi im Schlaf überrascht worden zu sein.

Stimmt das tatsächlich?

Der Westen wurde ca. zehn Tage vor dem 13. August 1961 von der bevorstehenden Aktion der Kommunisten in Ostberlin informiert und tat trotzdem nichts dagegen!

Hier die Fakten, die durch umfangreiche und langwierige Recherchen von Herbert Kühn, einem ehemaligen politischen Häftling der DDR ans Tageslicht gebracht wurden:

Sie beginnen mit V 610 und der Frage, wer ist/war V 610?

V 610 war Informant des Ost-Büros der SPD, mit Klarnamen Hans Müller-Beuthow, am 7. Januar 1907 in Berlin geboren. Im Kalten Krieg unterhielten die Parteien eine Art Geheimdienst zur Abwehr kommunistischer Umtriebe. Die Geheimdienste der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie die Dienste der USA, Großbritanniens und Frankreichs sperren auch noch heute ihre Archive für die Einsicht und Information zur Aufklärung über die SBZ/DDR.

Die umfangreiche Spionage als Folge des Kalten Krieges ist deshalb nicht erschlossen. Tausende ehemalige Informanten des Westens sind so durch Quellenschutz und Datenschutz als Quellen für die Widerstandsforschung nicht erreichbar.

Vier Jahre nach Beginn der Recherchen gewährte das Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung Herbert Kühn im Juli 2014 Akteneinsicht. Durch die Lektüre des Buches von Hans-Peter Schwarz "Axel Springer – die Biografie" wurde ihm V 610 bekannt. Schwarz erwähnte ihn ausdrücklich und bezog sich dabei auf die Biografie von Willi Brandt aus 2002 von Peter Merseburger. Wie der Brandt-Biograf 2002 zutage förderte, hatte Brandt als Regierender Bürgermeister von West-Berlin durch einen Bericht des Ost-Büros der SPD vom 4. August 1961 erfahren, dass die Absperrung West-Berlins geplant sei und die entsprechenden Einheiten der NVA und weitere bewaffnete Kräfte bereitstünden. Auch der Leiter der Senatskanzlei wurde darüber unterrichtet. Der Berichterstatter im Ost-Büro der SPD war V 610, ein nichtpromovierter Mediziner aus dem Gesundheitsministerium der DDR. Dieser Bericht wurde in 19 Exemplaren im Westen verteilt. Das Ost-Büro informierte ebenfalls die Geheimdienste der Westmächte. Über BND-Chef Reinhard Gehlen bekam auch Bundeskanzler Adenauer davon Kenntnis.

Brandt schreibt später verschiedentlich, es habe keinen Dienst gegeben, der die Aktion am 13. August 1961 vorausgesagt habe, aber da irrt er sich. Er selbst hatte diesen Bericht mit dem grünen Stift des obersten Dienstherrn im Rathaus Schöneberg abgezeichnet und ihn dem Leiter der Senatskanzlei zukommen lassen.

Angeleitet bzw. geführt wurde V 610 von Eberhard Zachmann, Deckname "Müller". Im Archiv ist das Treffen von Müller-Beuthow am 4. August 1961 mit Innensenator Lipschitz und dem Leiter des Ost-Büros, Thomas anlässlich der Übergabe des Berichtes dokumentiert. Der Innensenator seinerseits übergab den Bericht an den Leiter des West-Berliner Verfassungsschutzes Wichmann. Dieser erklärte den Bericht für unglaubwürdig!

Nach dem 13. August 1961 brach der Kontakt zu V 610 ab, denn dieser konnte nun nicht mehr nach West-Berlin.

Als Rentner konnte er 1972 West-Berlin besuchen und sprach bei der damaligen BfA vor, um eine Rente zu beantragen. Daraufhin verwies man ihn an das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) in West- Berlin. Dort erklärte er sich bereit, ehrenamtlich Informationen über den Osten zu sammeln, wie anerkennend und ausführlich der "Spiegel" in seiner Ausgabe 46/1985 schreibt.

1983 wurde er von der Stasi verhaftet, zu 15 Jahren Zuchthaus wegen Spionage verurteilt und im Dezember 1984 freigekauft. Zu diesem Zeitpunkt war er bereits schwer krank. Er hat u. a. die geplanten Stationierungsorte der russischen SS 20-Raketen verraten. Aufgeflogen war er durch einen Verräter im Bundesamt für Verfassungsschutz, Oberregierungsrat Kuron.

Rückblickend muss man für V 610 den außergewöhnlichen Stellenwert in der Ost-West-Spionage während des "Kalten Krieges" herausstellen. V 610 ist eine wichtige Person der Zeitgeschichte und 26 Jahre nach dem Mauerfall dem Vergessen entrissen worden. Jedoch haben die Westmächte seine wichtigste Botschaft – dies war der Hinweis auf den bevorstehenden Mauerbau am 13. August 1961 – ignoriert.

Kennedy und Chruschtschow einigten sich im Sommer 1961 in Wien auf die Interessenrespektierung ihrer Machtbereiche, wozu Kennedy bemerkte, der Mauerbau "sei keine schöne Lösung, aber verdammt viel besser als ein Krieg".

So zeigte die Geschichte, dass das deutsche Volk zum Spielball der Weltmächte wurde. Heute lässt sich trefflich über diese Entscheidung streiten, letztlich hat die bekannte Entwicklung mit der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands sie bestätigt.

Viele weitere Widerstandskämpfer mit ihren antikommunistischen Aktivitäten und ihren zahlreichen Haftjahren in den finsteren Kerkern der DDR während der Teilung Deutschlands, hätten ebenso eine öffentliche Anerkennung und die Wiedergutmachung für die verlorene Zeit verdient.

Ausdrücklich sei dem AsdD mit ihrer Leiterin Frau Dr. Kruke und der Archivarin Frau Kröger für ihre Unterstützung bei den Recherchen gedankt.

Ein ausführlicher Beitrag hierzu wurde bereits im Heft des Forschungsverbundes SED-Staat der Freien Universität Berlin im Dezember 2014 publiziert. Danach veröffentlichte auch die WAZ am 23. Januar 2016 einen interessanten Beitrag zu diesem Thema.

Herbert Kühn,
VOS-Bezirksgruppe Rhein-Ruhr
(*Mitarbeit: Detlef v. Dech*end)

„Wir als VOS müssen auch heute Garant der Demokratie sein!“

Bewegende Worte und Mahnungen anlässlich der Gedenkfeier zum Volksaufstand vom Juni 1953

Wie in jedem Jahr rief auch diesmal wieder die Bezirksgruppe der VOS Rhein-Main-Nahe in Verbindung mit der Landesgruppe Hessen/ Rheinland-Pfalz zur Kranzniederlegung und zu einem würdigen Gedenken anlässlich des Volksaufstandes vom Juni 1953 in der einstigen DDR auf. Nachdrücklich wurde zudem Bezug auf die aktuelle politische Situation Bezug genommen und gefordert, sich gegen extremistische Tendenzen von Parteien – ungeachtet ob von rechts oder links – zu positionieren. Denn auch wenn es kaum jemand für möglich hält, ein Staat, wie wir ihn mit der DDR hatten, kann schnell wieder erstehen.

Aus organisatorischen Gründen kam man nicht wie ursprünglich vorgesehen und wie in den letzten Jahren üblich in Darmstadt zusammen, sondern man traf sich bereits am Vorabend des bedeutsamsten Tages jenes Massenaufstandes, am 16. Juni in Mainz.

Die Gedenkfeier fand um 18.00 Uhr am Denkmal „Unteilbares Deutschland“ in Mainz an der Ecke Fischtorplatz / Uferstraße statt, wozu Gerd Franke und Arno Selten eingeladen hatten.

Wie gewohnt wurde die Feier genutzt, um den Kameradinnen und Kameraden anschließend bei einem gemütlichen Abendessen im nahegelegenen Lokal, die Gelegenheit des Gedankenaustausches zu verbandsinternen und aktuellen politischen Themen zu geben.

In der Gedenkveranstaltung stand die Rede unseres Kameraden Arno Selten im Mittelpunkt. Kamerad Selten hat selbst noch persönliche Erinnerungen an die Ereignisse des stürmischen Juni im Jahre 1953, daher verwies er darauf, dass der Aufstand letztlich nur Teil eines breiten, dauerhaften Widerstands gegen das kommunistische Regime der DDR gewesen ist:

Wir stehen hier am Denkmal „Unteilbares Deutschland“, das uns mahnen soll, nicht zu vergessen, dass unser Vaterland vierzig Jahre geteilt war. Im östlichen Teil des Landes wurde unter der sowjetischen Besatzung eine Diktatur nach stalinistischem Muster etabliert. Eine Diktatur, die wie jede Gewaltherrschaft handelte und ein ganzes Volk unterdrückte. Das Unrechtsregime, die SED-Herrschaft, funktionierte nach dem bekannten Motto „Die Partei hat immer Recht“, und sie forderte eine Vielzahl an Opfern. Viele Menschen wurden durch willkürliche Urteile ins Gefängnis geworfen, und es gab sogar Todesurteile. Denken wir heute an Mauer und Stacheldraht der damaligen DDR zurück, so wird uns bewusst, welche Auswirkungen eine Diktatur haben kann und wie grausam es in ihr zugeht.

Wir, die Vereinigung der Opfer des Stalinismus, ein seit mehr als sechzig Jahren bestehender Verband, haben uns nicht nur für die Opfer der Diktaturen eingesetzt, sondern auch für eine umfassende Demokratie, die allen Menschen zugutekommen soll. Gerade in der heutigen Zeit erlebt unser Land wieder große Veränderungen. Antidemokratische Kräfte von linken und rechten Strömungen erhalten wieder Zulauf. Und das nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern Europas. Darum ist es besonders wichtig, dass wir uns als Vereinigung der Opfer des Stalinismus, als Zeitzeugen einer Diktatur in verstärktem Maße für die Demokratie einsetzen. Auch wenn unsere Reihen gerade hier in Westdeutschland aus Altersgründen geschrumpft sind, müssen wenigstens diejenigen, die noch zusammenstehen, ihre Stimme erheben.

Wir blicken nun in großer Dankbarkeit auf über 25 Jahre deutsche Einheit, und wir sind froh über das Ende der DDR. Die Opfer jedoch sind nicht vergessen. Viele haben ihr Leben eingebüßt oder ihre Freiheit auf Jahre verloren, weil sie sich für die Überwindung der sozialistischen Diktatur eingesetzt haben. Das Gesteck, das wir niederlegen, ist zur Erinnerung und zur Würdigung der Opfer. Es soll uns dazu mahnen, auch heutigen tags im Einsatz und im Kampf für die Demokratie in unserer Bundesrepublik nicht nachzulassen und energisch gegen alle diktatorischen Tendenzen – ob von rechts oder links – aufzutreten.

G. Franke/ A. Selten/ Fg

***Die Fotos** zeigen das Gebinde, das zum Gedenken niedergelegt wurde, sowie den Mitorganisator des Treffens Gerd Franke am Mahnmal für die Unteilbarkeit Deutschlands.*

Ergänzend ist anzumerken, dass natürlich zeitgleich an mehreren anderen Gedenkstätten und Städten unseres Landes die alljährlichen Feierlichkeiten stattfanden und die VOS dabei aktiv beteiligt war.

So wurde wie bereits angekündigt in Berlin auf Einladung der VOS der Opfer der Diktatur gedacht, und in Chemnitz fand unter Beteiligung von Politikern ebenfalls ein würdiges Gedenken statt.

BStU-Behörde: Roland Jahn bleibt im Amt

Ansonsten keine Klarheit

Nachdem ein monatelanges Streiten, Spekulieren, Fordern und Ablehnen in Sachen Stasi- Unterlagen-Behörde durch die Medien ging, besteht nun zumindest bei der Benennung des Leiters dieser Behörde Klarheit: Roland Jahn, bisheriger Chef, bleibt weiter im Amt, nachdem eine Mehrheit der Bundestagsabgeordneten für seine zweite Amtszeit gestimmt hat. Die Behörde selbst, so heißt es, soll jedoch in der jetzigen Form nicht weiter bestehen, sie soll vielmehr in das Bundesarchiv überführt werden. Trotzdem bestehe die Möglichkeit, dass Betroffene Einsicht in die Akten beantragen und sich Auszüge kopieren lassen.

Dies ist zumindest der derzeitige Stand. Ob es dabei bleibt, wird man sehen. Was in einigen Medien als „Dialog“ zwischen unseren Politikern zu lesen war, nimmt sich jedoch wenig verheißungsvoll aus. Es soll auch nicht Gegenstand der Betrachtungen aus Sicht der VOS sein, die die Interessen der Opfer der SED-Diktatur vertritt und eine Beibehaltung der Behörde – unter Führung des früheren DDR- Oppositionellen Roland Jahn – für unbedingt erforderlich hält. Andernfalls wäre in diesem Land weder die Aufarbeitung des gesamten Systems namens Kommunismus noch die Aufklärung einzelner Schicksale unmöglich gemacht.

Jahns erste Amtszeit endete im März, sie hatte die festgelegten fünf Jahre betragen. Da seitens der Politik keine Entscheidung über die Behörde gefallen war, hatte er das Amt kommissarisch geleitet. Unstimmigkeiten und Ablehnung gab es vor allem aus den Reihen der SPD-Bundestagsfraktion, wobei man fragen muss, ob hier schon der Zukunftsblick auf die nächste Bundestagswahl und eine Koalitionsoption rot-rot-grün eine Rolle spielten. Dass Die Linke die Behörde bereits unter einem Leiter Joachim Gauck weghaben wollte, ist alles andere als ein Geheimnis.

Seitens der VOS steht jedoch fest: Der Verband wird Roland Jahn weiter stützen und gegen Einschränkungen der Behörde protestieren. *Tom Haltern*

Ein Markstein deutscher Geschichte,

AfD erinnert an Volksaufstand

Während in den Medien und auch in den etablierten Parteien in diesem Jahr wenig an den Volksaufstand vom Juni 1953 erinnert wurde, hat nun die AfD ein Zeichen in Richtung Diktatur-Aufarbeitung DDR gesetzt. So wurde am Vorabend des 17. Juni auf der Internetseite des Landesverbandes Schleswig-Holstein durch Zitate von Adenauer, Brandt und anderen namhaften früheren Politikern an das historisch wichtige Datum und die Ereignisse erinnert.

Der Landesverband selbst positionierte sich mit folgender Erklärung zu dem damals durch die Sowjets mit Panzern niedergeschlagenen Aufstand:

Heute ist es Zeit an diejenigen zu denken, die dereinst mutig auf die Straßen gingen, um ihre Stimme im Namen der Freiheit gegen Unterdrückung und Willkür zu erheben. Dieser Tag, der 17. Juni 1953, ist ein Markstein deutscher Geschichte, ohne den die "Abstimmung mit Füßen", der Mauerbau, die friedliche Revolution und schließlich die Wiedervereinigung wahrscheinlich anders verlaufen wären. Ist er doch auch Symbol für die Einheit Deutschlands.

Sicherlich könnte zu diesem geschichtlichen Ereignis noch weit mehr gesagt werden, zumal es an konkreten Bekenntnissen gegen den Sozialismus einer SED und an eindeutigen Verurteilungen der begangenen Verstöße gegen das Menschenrecht immer noch fehlt.

Andererseits muss man konstatieren, dass auch die übrigen Parteien im Land immer weniger auf die Ereignisse vom Juni 1953 eingehen. Nicht zuletzt wird ebenso seitens der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen mit den Wählerstimmen der Linken, die auch dieses historische Darum gern totschweigen oder falsch darstellen, geliebäugelt. Und die Zeiten, in denen sich der Bundestag ehrfürchtig an jedem 17. Juni zu einem gemeinsamen Festakt versammelte, scheinen ohnehin für immer vorüber zu sein. Dass daher viele Jugendliche nicht mehr wissen, was es mit dem Aufstand, der Teilung und der Diktatur auf sich hat, verwundert nicht. *B. Thonn*

Wahrheiten ja, aber nicht für alle da

Joachim Gaucks Rückzug

Anfang des Monats Juni stand es nun fest: Bundespräsident Joachim Gauck tritt nicht mehr zur Kandidatur für eine zweite Amtsperiode an. Es ist eine Entscheidung, die allgemein bedauert wird, gilt doch Gauck als der Präsident aller Deutschen.

Wirklich?

Seitens der VOS-Mitglieder wird diese Aussage nicht bedingungslos geteilt. Die ehemaligen politischen Häftlinge fühlen sich übergangen, wenn nicht gar geschmäht. Im vorigen Jahr wurde selbst unser 98-jähriger Kamerad Joachim Fiedler, der an den Bundespräsidenten einen Brief geschrieben hatte, in einer Art „abgebügelt“, die allein den Höflichkeitsregeln Hohn spricht und eines ranghohen Politikers und einstigen Seelsorgers absolut unwürdig ist.

Es mag stimmen, dass die einstigen Opfer des Kommunismus in Deutschland nichts zu bestellen haben und dass sie daher für die Medien und die Politiker – auch jene, die „nur“ Repräsentanten heißen – uninteressant sind. Aber gerade ein Bundespräsident, mag er dabei selbstgefällig sein, hätte die Möglichkeit, ihnen (wieder) einen etwas höheren Stellenwert zu verschaffen. Johannes Rau und Richard von Weizsäcker haben das bewiesen.

Hoch anzurechnen ist Joachim Gauck immerhin sein konsequentes Auftreten gegenüber der SED und deren Nachfolger. Er hat, was die geschichtliche Wahrheit und die Benennung von Verbrechen und Unrecht angeht, keine Abstriche gemacht und keinerlei Verfälschung zugelassen. Eine solche Klarheit, dazu in der deutlichen Sprache und mit ausgeprägter Übersicht findet sich kaum bei einem anderen Politiker. Er hat diese Position nie verlassen, trotz der Feindschaften, die er aus dem linken Lager auf sich gezogen hat.

Wer wird ihm im Amt nachfolgen? Es ist kein geeigneter Kandidat oder eine Kandidatin in Sicht. Wird vielleicht Frau Merkel, falls ihre Koalitionspläne zerrinnen, selbst dieses Amt übernehmen wollen? Man darf gespannt sein.

Valerie Bosse

VOS-Vorstandssitzung mit Roland Jahn

Künftig ist eine engere Zusammenarbeit beabsichtigt

Ende Mai trat der Bundesvorstand der VOS in den Berliner Geschäftsräumen des Verbandes zu einer weiteren Beratung zusammen. Neben den aktuellen politischen Themen ging es erwartungsgemäß um den Stand der VOS-Finanzen sowie um die Vorauswahl möglicher Kandidatinnen oder Kandidaten für die im nächsten Frühjahr anstehende Generalversammlung, bei der auch ein neuer Bundesvorsitzender gewählt werden könnte.

Als Gast durften die anwesenden VOS-Vertreter den Bundesbeauftragen für die Unterlagen des ehemaligen MfS begrüßen. Die Einladung war an Roland Jahn (Foto, Quelle: Internet) ergangen, da unser Verband eine engere Verbindung zum Bundesbeauftragten anstrebt, dieser jedoch genauso an einer Zusammenarbeit mit der VOS interessiert ist.

Wichtig ist es, dass wir als Verband die Position eines BStU-Leiters stärken und auch die Erhaltung des Aktenarchivs und dessen Nutzung für alle Betroffenen auf unbegrenzte Zeit absichern.

Bezüglich der finanziellen Situation des Verbandes kann vorerst nur eine tendenzielle Aussage getroffen werden, dies jedoch in eine positive Richtung. Um konkrete Aussagen zu treffen sind zunächst Verhandlungen bzw. Gespräche mit den einzelnen Versicherungsträgern erforderlich. Diese werden in absehbarer Zeit geführt, die Informationen zu den Ergebnissen werden dann an die Redaktion der Freiheitsglocke gegeben. Noch nicht gelöst ist die Frage einer oder eines neuen Bundesvorsitzenden. Vorschläge sind daher auf jeden Fall noch möglich, für unerfahrene Kandidaten wird Unterstützung garantiert. *H. Diederich*

Gemeinsames Gedenken an den Juni 1953

VOS und Bürgerkomitee Leipzig luden gemeinsam ein

Das Bürgerkomitee Leipzig hatte anlässlich des 63. Jahrestages des Gedenkens an die Opfer des Volksaufstandes vom Juni 1953 gemeinsam mit der VOS und weiteren Verfolgten-Verbänden für den 17. Juni 2016, zum Gedenken an die Opfer vom Juni 1953 eingeladen. Dabei gab es Grußworte von Tobias Hollitzer, der die Gedenkstätte in der „Runden Ecke“ leitet, sowie Markus Meckel, ehemaliger DDR-Bürgerrechtler und Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge sowie Vorsitzender des Stiftungsrates der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Brigitte Dienst, Angehörige eines der Todesopfer vom 17. Juni 1953 in Leipzig sowie Horst Krüger, ein Zeitzeuge dieses 17. Juni 1953, schilderten, wie sie diesen Tag vor 63 Jahren erlebt haben. Die musikalische Umrahmung erfolgte zur Kranzniederlegung durch Leipziger Blechbläsersolisten.

Mit der Gedenkveranstaltung sollte die bewusste Erinnerung an den Volksaufstand und seine Opfer aufrechterhalten werden, denn immer mehr gerät das Gedenken an dieses wichtige Datum und die Art der Niederschlagung der Massenerhebung in Vergessenheit. Mit dem Einsatz von Schusswaffen, der Verhängung des Ausnahmezustandes und der Vollstreckung des Standrechts wurde das Ziel einer schnellen Wiedervereinigung und eines gemeinsamen demokratischen Deutschlands brutal zerstört. Neun Tote und fast 100 Verletzte wurden allein für den Bezirk Leipzig registriert. Die spätere Verhaftungswelle brachte in Leipzig fast 1.000 Menschen um ihre Freiheit.

Zuvor hatten in Leipzig 27.000 Arbeiter und Angestellte in über 80 Betrieben die Arbeit niedergelegt. Aber nicht nur in Leipzig und Umgebung kam es zu Massenprotesten gegen die kommunistische Diktatur. Vom 16. bis 21. Juni 1953 fanden in fast 700 Städten und Gemeinden der damaligen DDR Demonstrationen und Streiks von insgesamt mehr als einer Million Bürgerinnen und Bürgern statt.

Fg/Bürgerkomitee

Ablehnung scheint unüberwindbar

Proteste gegen Rentenwillkür führten nicht zum Erfolg

Das Rentenrecht wird nicht geändert. Dies ist die vorläufige Erkenntnis der benachteiligten Übersiedler und freigekauften Haftopfer der untergegangenen DDR. Ob die offenen Proteste per Demonstration in Berlin auf der „Fan-Meile“ und die ausführliche Berichterstattung sowie das stichhaltige Interview mit Dr. Wolfgang Mayer in der Fg etwas nützen, bleibt abzuwarten. Immerhin hat der Fernsehbericht im RBB, in dem Wolfgang Graetz als einer der Betroffenen die Situation für die unbeteiligten Zuschauer noch einmal schilderte, noch einmal Aufmerksamkeit erregt.

Zwischenzeitlich wagte sich nun Kamerad Heinz Felix Holtschke aus Düsseldorf daran, den Sachverhalt und die damit verbundene Benachteiligung in einem Brief an den CDU-Politiker Thomas Jarzombek, der Abgeordneter im Bundestag ist, zu schildern und erhielt mit Datum vom 13. Mai eine Antwort, in der die ablehnende Haltung der Bundesregierungen seit den 1990er Jahren noch einmal klar dokumentiert und kommentiert wurde.

Herr Jarzombek vertritt den Standpunkt, den die Bundesregierung inzwischen zementiert hat und von dem sie freiwillig auch nicht mehr abweichen will. Die Benachteiligung in Form von Rentenkürzungen für Übersiedler wird – was schon länger bekannt ist – ohne Abstriche eingeräumt, jedoch als richtig anerkannt. Begründet wird sie mit der Notwendigkeit zur Gleichstellung mit anderen (ebenfalls benachteiligten) Rentenempfängern und mit der Tatsache, dass die Kürzung von Renten allgemein notwendig wurde (z. B. bei Witwengeldern oder der Erhöhung des Renteneintrittsalters).

Da auch SPD- Politiker öffentlich dieselbe Position vertreten, kann man kaum von Erfolgsaussichten für die Benachteiligten ausgehen, selbst wenn demnächst eine andere Koalition zustande kommen sollte. Rotrotgrün, schwarzgrüngelb oder schwarzrotgelb. Da hilft dann nur ein einziger Trost: Die Opfer haben längst gelernt, mit Enttäuschungen zu leben. *B.Thonn*

Waren die Opfer der Sowjets an den Vergewaltigungen selbst schuld?

Jörg Bernhard Bilke geht der Frag nach, warum Autorinnen und Autoren in der Literatur auf Schilderungen von Angehörigen der Roten Armee begangenen Verbrechen verzichten mussten

Mein Studienfreund Gerhard F. ist 1937 noch im alten Ostpreußen geboren! Wir haben, Jahre vor dem Berliner Mauerbau 1961, miteinander Literaturwissenschaft studiert, an der Freien Universität in Berlin und später in Mainz, jetzt ist er Emeritus der Universität Koblenz-Landau. Während seiner aktiven Zeit hat er drei Ehrendoktortitel verliehen bekommen, einen in Polen, zwei in Russland.

Während der Feiern zur dritten Auszeichnung an einer Universität in Sibirien wurde er, nachdem viel Wodka geflossen war, gefragt, was er denn über Russland denke. Er überlegte und antwortete dann, er hätte drei Russlandbilder im Kopf: Das erste durch seinen Vater, der bis 1941 immer nach Russland auf Wolfsjagd gegangen sei, und das dritte durch die herzliche Gastfreundschaft, die er jetzt hier in Sibirien erfahre.

Und das zweite Russlandbild?, so wurde etwas überrascht nachgefragt. Das sei – leider – negativ besetzt, antwortete er freundlich. Er habe auf der Flucht 1945 aus Ostpreußen die Vergewaltigungen deutscher Frauen durch Soldaten der „Roten Armee“ selbst miterlebt. Davon, antworteten die sibirischen Germanisten mit gespieltem Erstaunen, wüssten sie nichts, und das könnten sie auch, bei aller Freundschaft zu Gerhard F., nicht glauben.

Vergewaltigungen durch die Rote Armee? Von russischen Historikern wird das noch heute, 71 Jahre nach Kriegsende, heftig bestritten. Die Sowjetarmee wäre auf ihrem Vormarsch 1945 einem strengen Ehrenkodex verpflichtet gewesen, Übertretungen wären scharf geahndet worden.

Die Wirklichkeit sah leider ganz anders aus. Im Herbst 1996 traf ich, nur wenige Tage vor seinem plötzlichen Tod, auf der Wartburg in Thüringen den CSU-Politiker Hans Klein (1931 bis 1996), der aus Mährisch Schönberg im Sudetenland stammte. Er erzählte mir, dass 1945 drei seiner Klassenkameradinnen, alle 14 Jahre alt, von Rotarmisten zu Tode vergewaltigt worden waren.

Nach heutigen Erkenntnissen waren rund 500 000 deutsche Frauen und Mädchen, vor allem aus Ostpreußen, Hinterpommern und Schlesien, von Vergewaltigungen betroffen, was manche linke Historiker hierzulande damit begründen, dass damit Rache geübt wurde für die Verbrechen, die die deutsche Wehrmacht 1941/44 in Russland begangen hätte. Eine höchst merkwürdige Begründung, weil Angehörige der Roten Armee auf ihrem Vormarsch nicht nur deutsche, sondern auch polnische, slowakische, rumänische, ungarische Frauen vergewaltigt haben. Haben die Vergewaltiger vielleicht das wimmernde Bündel Mensch, das vor ihnen lag, nach deren Nationalität befragt? Von der Roten Armee wurden auch, wofür es Zeugnisse gibt, auf dem Vormarsch ganze Dörfer umstellt und zur Vergewaltigung freigegeben.

Der DDR-Schriftsteller Boris Djacenko (1917-1975), ein geborener Lette, hatte 1958 den Roman „Herz und Asche“ abgeschlossen. Er lief, ehe die Buchfassung selbst erscheinen konnte, schon als Fortsetzungsroman in der „Neuen Berliner Illustrierten“. Von einem Tag zum anderen wurde der Vorabdruck eingestellt, die Druckfahnen des Buches wurden komplett eingestampft!

Warum? Der Autor hatte es gewagt, die Vergewaltigung einer deutschen Frau durch Rotarmisten zu schildern. Der inzwischen ebenso verstorbene DDR-Schriftsteller Werner Liersch (1932-2014), der mit Boris Djacenko befreundet war, hat 1958 von ihm einen Satz Druckfahnen geschenkt bekommen, von denen ich mir Kopien ziehen durfte. Eine eigentliche Vergewaltigungsszene, so las ich, wird dort überhaupt nicht beschrieben, lediglich das Vergewaltigungsopfer, das voller Schmerzen im Bett liegt. Aber selbst diese Szene war den Literaturüberwachern vom ZK der SED zu viel, weshalb der Roman seine Leser nie erreichte.

Die DDR-Schriftstellerin Christa Wolf (1929 bis 2011), die aus Landsberg an der Warthe in der Neumark stammte, war etwas schlauer als ihr Kollege Boris Djacenko. In ihrem Roman „Kindheitsmuster“ (1976) ließ sie die Vergewaltigungen nicht durch Sowjetsoldaten begehen, sondern durch desertierte Rotarmisten. Der Leser soll denken, diese Soldaten wären schon vor der Desertion verkommene Subjekte gewesen, deshalb hätten sie auch wehrlose Opfer vergewaltigt. Im 17. Kapitel, überschrieben mit „Ein Kapitel Angst“, schilderte sie, wenn auch sehr dezent, Plünderungen und Vergewaltigungen der Roten Armee in Mecklenburg 1945. Der Leser soll denken: Ein echter Rotarmist vergewaltigt nicht! Er denkt aber anders: Die Deserteure, die da deutsche Frauen vergewaltigen, waren vorher alle Soldaten der Roten Armee. Für die vergewaltigten Frauen in ihrer Angst und ihrem Schmerz war es gänzlich unerheblich, ob der Vergewaltiger desertiert war oder nicht!

In der DDR-Literatur war dieses Thema höchst unerwünscht! Man erinnert sich an Uwe Tellkamps Roman „Der Turm“ (2009), wo ein Verlagsleiter mit seinem Gutachter über ein von einer Schriftstellerin eingereichtes Romanmanuskript diskutiert, in dem Vergewaltigungen beschrieben werden. Der Verlagsleiter argumentiert so: „Aber die Frage ist, wem es nützt, wenn sie davon berichtet! Dieses Land hat es schwer genug, ebenso geht`s den Freunden (Das ist die sowjetrussische Besatzungsmacht – d. Verf.), und dann kommt die mit diesen ollen Kamellen! Mein Gott, wer hat denn den Krieg angefangen! Das ist die Gegenrechnung, und die jammert rum. Bloß weil ein paar Nazi-Weiber …“

Der Verlagslektor antwortet auf dieses fragwürdige Argument mit leiser Stimme: „Es waren nicht nur Nazi-Weiber … sie schildert ganz normale Leute.“ Und nun spricht der Verlagsleiter ein Machtwort: „Genau diese … ganz normalen Leute waren es doch, die 33 die Nazis gewählt haben! Sie haben Sturm gesät und wundern sich, dass ein Orkan zurückgekommen ist!“

→ *S. 13 oben*

Dass in der DDR-Literatur das Thema „Vergewaltigungen durch Sowjetsoldaten“ in den vier Jahrzehnten 1949/89 kein Thema sein durfte, ist nur allzu verständlich: Die 400.000 im SED-Staat zwischen Rügen und Rennsteig stationierten Soldaten, garantierten schließlich den Machterhalt des SED-Politbüros, das mit harter Hand über knapp 17 Millionen Untertanen herrschte. Deshalb durften die sowjetischen „Freunde“ auf keinen Fall verstimmt werden!

Paradebeispiel für die harsche Reaktion der DDR-Zensur ist der Fall des aus Oberschlesien stammenden Schriftstellers Werner Heiduczek (1926), der heute in Leipzig lebt. Er hatte 1977 den autobiografischen Roman “Tod am Meer“ veröffentlicht und darin, wenn auch in abgeschwächter Form, Vergewaltigungen 1945 in Oberschlesien erwähnt. Das genügte schon, dass Sowjetbotschafter Pjotr Andrejewitsch Abrassimow (1912 bis 2009) bei Erich Honecker protestierte: Der Roman wurde sofort verboten!

Da verwundert es schon, dass eine 1962 in Freiburg geborene, 1998 promovierte und 2008 habilitierte Historikerin in ihrem neuesten Buch „Als die Soldaten kamen. Die Vergewaltigung deutscher Frauen am Ende des Zweiten Weltkriegs“ (2015) die Vergewaltigungsopfer in hämischer Weise verspottet. Miriam Gebhardt, die heute eine außerplanmäßige Professur in Konstanz versieht, erklärt mit einem Federstrich die vergewaltigten Frauen und Mädchen (wohlgemerkt: zwischen sechs und 80 Jahren alt!) „mindestens potentiell“ zu „Täterinnen“.

Warum? Die Beweisführung ist einmalig in ihrer dreisten Dummheit und platten Unwissenschaftlichkeit: „Selbst Kinder waren nicht immer nur unschuldig, sondern haben sich unter Umständen an Schikanen von Zwangsarbeitern beteiligt, jüdische Mitschüler gemobbt und sich für Angehörige einer Herrenrasse gehalten.“ Mit einem Wort: Ostpreußische Mädchen, selbst im Kindesalter, durften guten Gewissens zu Tode vergewaltigt werden, weil sie einmal Hakenkreuzfähnchen geschwenkt hatten! Bei dieser verqueren Argumentation wird dem Leser schlecht!

Jörg Bernhard Bilke

Uneinsichtig und von der Geschichte abgehakt

Margot Honecker stirbt, ohne ein verständnisvolles Wort für ihre vielen Opfer zu sprechen

Als Margot Honecker vor wenigen Wochen starb, ging noch einmal ein sanfter Ruck durch die Medien, und für kurze Zeit erinnerte man sich – nicht nur in Deutschland – an das Regime, in dem die Gattin des langjährigen Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker Bildungs- und Erziehungsministerin gewesen war. Zwangsadoptionen, Wehrkundeunterricht und ideologische Früherziehung waren nur einige der drastischen Maßnahmen, mit denen junge Menschen in der DDR zu sozialistischen Staatsbürgern geformt werden sollten. Wer sich der Bewusstseinsbildung im Sinne des Honecker’schen Spätstalinismus nicht unterwarf, hatte es im SED-Staat schwer. Pionierorganisation, FDJ und andere Gefüge gehörten zu den Erziehungsindikatoren des Systems. Dass man sich hier einzureihen hatte, war als Forderung durchaus auf die seit 1963 amtierende Margot Honecker zurückzuführen. Gnadenlos bis zum letzten Atemzug höhnte die 89-Jährige gegen die Opfer des Grenzsystems der DDR und stempelte jene Jugendlichen, die in den Jugendwerkhöfen neben ihren Illusionen auch jede Chance auf eine solide Zukunft einbüßten, als üble Kriminelle ab.

Mitleid hatte nach dem Sturz im Jahr 1989 mit ihr niemand. Doch egal, dass sie nicht minder uneinsichtig war als ihr ebenfalls gestürzter Ehemann, wurde sie nach dem Mauerfall nicht zur Verantwortung gezogen, gelang es dem Gericht nicht, von ihr Rechenschaft zu fordern. Einmal mehr konnte auch sie die Laschheit des bundesdeutschen Rechtssystems für sich nutzen. Bald ließ sie sich nach Chile ausbürgern und genoss über Jahrzehnte eine Rente, von der viele ihrer Opfer bestenfalls träumen können.

Das Zitat: "Margot Honecker gehörte zu den SED-Genossen, die bis zum letzten Tag keinerlei Kritik an ihrem eigenen Handeln zugelassen haben. Die Zeit und die Entwicklung hat sie überholt und das ist gut so."
Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG und CDU-Politiker

Margot Honecker war unbestritten die mächtigste Politikerin des DDR-Zentralkomitees. Nicht nur im eigenen Ressort zog sie ihre eiserne Linie gnadenlos durch, sondern sie beeinflusste gleichzeitig ihren Ehegatten, wenn es um kompromisslose Maßnahmen gegen jedwedes Abweichlertum ging. Ihre Uneinsichtigkeit blieb bis zuletzt. Es gab kein Eingeständnis von persönlichen oder kollektiven Grundsatzfehlern und keine Zweifel an der Unantastbarkeit der ideologischen Linie. Marxismus, Stalinismus und zuletzt, als das System implodierte, Fanatismus. Schon gar nicht war zudem nur ansatzweise die Handreichung gegenüber jenen erkennbar, an deren zerstörten Biografien sie maßgeblich beteiligt war – und dies waren nicht Wenige. Wäre es nach Margot Honecker gegangen, hätte es vielmehr in jenem Herbst 1989 keinen friedlichen und gerechten Ausgang der Bürgerrevolution gegeben, dann wären – wie einst im Juni 1953 – wahrscheinlich Panzer gerollt und hätte es wieder Tote gegeben.

Dass sie, ihr Ehemann und andere Politbürokraten letztlich von der Justiz verschont blieben, mag die Opfer sicher mit Zorn und Unverständnis erfüllen. Doch es bleibt den einstigen Häftlingen und Verfolgten die Genugtuung, dass jemand wie Margot Honecker keineswegs die Jahre im chilenischen Exil in Ruhe und Wohlsein verbracht hat. Die Verbitterung ist auch nach der hohen Rentennachzahlung geblieben, sie hat von Tag zu Tag zugenommen. Macht zu verlieren, wie es den Honeckers passierte, ist eine Bürde, die schwer wiegt. Mit ihr entstehen Bedeutungslosigkeit und Leere. Es ist dies ein Zustand, der einem zum seelischen Gefängnis werden kann. Für die Opfer mag das ein schwacher Trost sein. Zerstörte Seelen und eine beschädigte Gesundheit lassen sich nun mal höchstens in romantischen Filmen reparieren. Doch gerade darum lohnt es sich für eine gesicherte Aufarbeitung zu kämpfen – in der Gemeinschaft, in Verbänden wie der VOS. *B. Thonn*

Die Wahrheit hat in diesem Land niemand gepachtet!

Über das Wesen der AfD, der etablierten Parteien und die derzeitige öffentliche Meinungsfreiheit

A – f – D, diese Buchstaben brachten in jüngster Vergangenheit Bewegung ins bereits bestehende Parteienkartell. Man wollte mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und über alle Medien ein Emporkommen dieser Partei verhindern, was bekanntlich misslang.

Eine derart massive, pausenlose Kampagne vor den letzten drei Landtagswahlen gegen diese Partei hätte ich mir 1990/1991 gegen die Blockparteien der untergegangenen DDR gewünscht. Das war natürlich nicht angebracht, denn zum einen war da die Ost-CDU, die man brauchte, um die anstehende Wahl zu gewinnen, zum anderen wusste man auch um die enge Verknüpfung dieser Partei mit der SED. Und so überließ man alles den Bürgern der gewesenen DDR. Denen gab man die Westmark, und schon war alles vergessen, bald sprach keiner mehr von „Blockflöten".

Warum aber eine derartige Verteufelung der AFD? Sie besteht erst zwei Jahre, tappt von einem Fettnäpfchen ins andere. Meinungsverschiedenheiten, Richtungskämpfe u. v. m. bestimmen den derzeitig Zustand dieser Partei. Fragen muss man allerdings, ob denn so etwas kurze Zeit nach der Gründung einer Partei nicht normal ist. Es ist für das „Kartell“ aus Schwarz-Rot-Grün- B’90 ein Leichtes, die Unruhe und die Unsicherheit dieser Partei auszunutzen und sie in die rechte Ecke zu stellen, was heutzutage die einfachste und zugleich wirksamste Methode ist.

Schauen wir uns einmal die Entwicklung aller im Bundestag vertretenen Parteien an. Wie war denn deren Beginn? Was hat die SPD in ihrer über hundertjährigen Geschichte nicht alles erlebt. Ein Auf und Ab bis in die derzeitige geradezu beängstigende Talfahrt.

Die CDU erfand sich bekanntlich erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Konrad Adenauer dirigierte das Team und er verfügte über erfahrene Köpfe. Diese hatten in den Jahren zuvor in Wirtschaft oder Politik genügend Erfahrung sammeln können. Und anstatt brauner Uniform trugen sie jetzt Nadelstreifenanzüge und benahmen sich sehr artig.

Die FDP entstand 1948 und war die attraktivste Partei. In ihr sammelten sich die siegreichen Ritterkreuzträger. Es war schon schön anzusehen, denn diese Kreuze passten bestens zu einem dunklen Anzug und weißem Hemd. Für welche Tat und von wem diese Herren diesen Schmuck bekamen, interessierte niemanden mehr. Schließlich hatten sie auch Macht und verschafften sich Respekt.

Und die Grünen? Wie und wo ist deren Quelle? Wer war deren Geburtshelfer? Da brauchen wir nicht weit zurückzuschauen, da reicht das Jahr 1968. Steine werfende Chaoten bildeten das Gerippe und Anwälte, die fragwürdige Straftäter verteidigten, gegen bestehende Ordnungen angingen und in Frage stellten, bildeten den Kopf dieser neuen Partei. Wo hatten die ein brauchbares Programm? Pazifismus ja, aber Geld nahmen sie zudem, wenn sie es bekamen, um sich genügend Komfort zu verschaffen

Und die Linken? Eigentlich schade um jedes Wort. Sie hatten die besten Voraussetzungen, sich zu etablieren. Man hatte ihnen den Weg ins Parlament förmlich geebnet, indem man sie zugleich verteufelte und doch auch hofierte. Wer fragt heute noch nach der Vergangenheit dieser Partei, deren Vertreter nach wie vor von der Gesinnung der SED geprägt sind. Und ausgerechnet sie hetzen am lautesten gegen die AFD. Mir persönlich hat diese AFD nichts getan, wohl aber die Väter der Partei Die Linke, und nicht nur mir. Tausenden wurde schweres Unrecht zugefügt, und Unzählige wurden im Namen dieser Partei umgebracht, eingesperrt und verfolgt. Jetzt bestimmen sie das Geschehen in Deutschland mit, sie sitzen in Landtagen, im Bundestag und im Europarat. Und da wundert man sich, dass die AFD Zulauf bekommt?

Was wäre, wenn die Balkanländer nicht die Grenzen geschlossen hätten und morgen Wahlen wären? Da stände die CDU vielleicht mit einem Ergebnis von 20 bis 25%, und die AFD hätte 30%. So dumm und inkompetent, wie man das Volk gern beschreibt, ist es denn doch nicht. Diese Einschätzung hat sich – wie man bei den Landtagswahlen sieht – längst schon als Bumerang erwiesen. Es ist zwar leicht, die AfD-Wähler in die rechte Ecke zu stellen, aber damit wird man keine Meinungsänderung erreichen.

Ich muss jedenfalls fragen, ob diese AFD auch so eine verbrecherische Vergangenheit hat wie jene DDR-Parteien, die jetzt im Bundestag sitzen und als Gesprächspartner im Fernsehen hochbegehrt sind.

Wer hätte 1990 gedacht, dass diese Parteien so selbstverständlich in den Bundestag einziehen und sich gar noch als politische Moralapostel aufspielen konnten und können? Diese Gesellschaft, diese Regierungen haben offenbar alles verziehen, obschon sie ganz sicher nichts vergessen haben.

Was wird nun mit der AfD? Wird sie ebenso ein Stück politischer Normalität, oder wird man sie über die Medien doch noch zu Fall bringen? Oder wird sie sich durch innere Machtkämpfe und durch unsinnige Äußerungen unter die Fünf- Prozent-Hürde zurückkatapultieren?

Feststeht, dass wir in diesem Land mehr Leute brauchen, die offen reden. Ob es Wahrheiten sind, die dabei diskutiert werden, kann sich im Ergebnis offener Debatten zeigen. Feststeht jedenfalls auch, dass hier niemand die Wahrheit gepachtet haben kann und keine Entscheidungen getroffen werden können, mit denen große Teile der Bevölkerung nicht einverstanden sind oder die sie einfach nicht nachvollziehen können. Mit einer anderen Einstellung als dem Willen zur Demokratie wird sich auf Dauer keine Regierung halten. Das hat man in der DDR gesehen, wo sich Leute wie Honecker und Co. für ausgesprochen schlau und bedingungslos unabwählbar hielten. Und nachher waren sie es doch.

Ich sorge mich sehr, dass in unserem Land die Stimme des Volkes nicht hinreichend gehört wird. Wird es der Regierung dann so gehen wie den angeblich schlauen Füchsen, die plötzlich Wölfen oder Bären gegenüber stehen? Ich musste als 15-Jähriger für die Verbrechen der Politik büßen. Ich habe Jahre meines Lebens und viele Illusionen verloren. Ganz sicher möchte ich das nicht noch einmal erleben. Und schon gar nicht wünsche ich das meinen Nachkommen!

Siegfried Müller, 86 Jahre

Bis zuletzt nahm er am politischen Geschehen Anteil

Nachruf auf Kameraden Günther Kühme

Am 1. Mai 2016 starb unerwartet unser ehemaliger Vorsitzender und langjähriger Kassierer der Bezirksgruppe Oberbayern, Kamerad Günther Kühme. Kamerad Kühme wurde am 9. Januar 1935 in Radebeul bei Dresden geboren. 1955 wurde er aus politischen Gründen zu sechs Jahren Haft verurteilt. Diese musste er in der Haftanstalt Waldheim komplett abbüßen.

Nach seiner Entlassung ging er nach Westberlin und studierte dort Volkswirtschaft. In dieser Berliner Zeit war er durch verschiedene Netzwerke aktiv an der Bekämpfung der kommunistischen Diktatur beteiligt.

Nach seinem Studium war Kamerad Kühme einige Jahr im Bauernverband Niedersachsen tätig, bis ihn der Weg durch Heirat nach Oberbayern führte und er auch der VOS beitrat.

Seitdem war er eine große Stütze in der Bezirksgruppe Oberbayern der VOS gewesen. Trotz seiner stark eingeschränkten Gesundheit kam er regelmäßig unter manchmal schwierigen Bedingungen (Anfahrt ca. 75 km) zu unseren Treffen nach München.

Bis zuletzt zeigte Kamerad Günther Kühme ein starkes Interessen am politischen Tagesgeschehen und besonders an den Ereignissen in unserem Verband. So tat er noch im Januar 2016 in einem Artikel in der Freiheitsglocke seine Meinung über Bemühungen gegen das unrechtmäßige Tragen akademischer Titel kund, die von kommunistischen Akademien der DDR verliehen wurden. In unseren Gedanken und Herzen bleibt uns Günther Kühme immer als besonders wertvoller und hochgeschätzter Kamerad in Erinnerung.

Dr. Ingrid Schmidt
i.A. der VOS-Bezirksgruppe München/Obb

In zwei Diktaturen inhaftiert und dann nach Australien ausgewandert

Rudolf Parlau starb Anfang Juni in seiner neuen Heimat „Down under“

Ende Mai 2016 verstarb im Alter von fast 87 Jahren unser in Australien lebender Kamerad Rudolf Parlau. Kamerad Parlau war sowohl in der NS-Zeit wie auch unter der kommunistischen Diktatur inhaftiert gewesen und verbrachte somit etliche Jahre seines Lebens in Haftanstalten. Nachdem er Mitte der 1950er Jahre entlassen wurde, ging er aus der inzwischen gegründeten DDR sofort in die Bundesrepublik und wanderte von dort nach Australien aus, wo er zunächst nur schwer Fuß fassen, sich dann aber schließlich doch eine gesicherte Existenz aufbauen konnte, nicht zuletzt weil er später durch Vermittlung des Fg-Redakteurs, zu dem er stets Kontakt hielt, Entschädigungsnachzahlungen sowie Leistungen aus der Häftlingsstiftung und später auch die Opferrente erhielt.

Nach dem Fall der Mauer besuchte Kamerad Parlau noch zweimal seine Heimat Deutschland, um ehemalige Haftkameraden zu treffen und um Nachforschungen bezüglich seiner Abstammung anzustellen. Seinen späten Erinnerungen zufolge war er ein unehelicher Spross einer deutschen Adelsfamilie und wurde als Kleinkind in einer ihrer Einrichtungen untergebracht. Seine Suche galt dabei einer Halbschwester, an die er sich jedoch nur undeutlich erinnerte.

Die Suche blieb trotz intensiver Unterstützung des Potsdamer Stadtarchivs und wiederum des Fg- Redakteurs erfolglos. Er erreichte die angestrebte Bindung an die Adelsfamilie nicht. Dennoch half ihm vor allem seine zweite Deutschland-Reise im Jahr 1999 bei der Bewältigung seines schweren Schicksals.

In Australien unterhielt Rudolf Parlau Verbindung zu zwei weiteren ehemaligen politischen Häftlingen des kommunistischen Regimes. Beide verstarben jedoch bereits vor einigen Jahren.

Um sein schweres, teils unklares Schicksal nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, veröffentlichte Kamerad Parlau gemeinsam mit seiner Ehefrau Magaret Reid seine Lebenserinnerungen in einem Buch mit dem Titel „Under the Linden tree“ („Unter dem Lindenbaum“). Das Buch stieß in Australien durchaus auf Interesse und verkaufte sich entsprechend gut. Es wurde in Fg-Ausgabe 705 ausführlich vorgestellt.

Mit Rudolf Parlau verlieren wir einen außergewöhnlichen und liebenswerten Kameraden, dessen Andenken wir bewahren werden. *Valerie Bosse*

Wir trauern um

Günther Kühme	**Bezirksgruppe München**
Dietrich Böttke gen. Fabert	**Bezirksgruppe Magdeburg**
Hans Maluschka	**Bezirksgruppe Cottbus**
Christian G. Ebert	**Bezirksgruppe Halle**
Reiner Wagner	**Bezirksgruppe Zittau**
Heinz Günther	**Bezirksgruppe Prenzlau**
Peter Köhler	**Bezirksgruppe Dresden-Land**
Siegfried Päßler	**Bezirksgruppe Reichenbach-Vogtland**
Günter Jesche	**Bezirksgruppe Reichenbach-Vogtland**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

T E R M I N A N K Ü N D I G U N G

Aktionstag der Hoheneckerinnen im Frauenzuchthaus Hoheneck:

Am 09. Juli 2016

führen ehemalige politische Gefangene der StVA Hoheneck unter dem Titel

4 Jahrzehnte Hoheneck

einen Aktionstag durch.

Programm:

1.) 09:00 Uhr Ehrung der Toten am Gedenkstein

2.) 10:00 Uhr Zeitzeugengespräch auf dem Freihof des Frauenzuchthauses Hoheneck

3.) Nach den Zeitzeugengesprächen sind Führungen durch das Zuchthaus mit den ehemaligen Hoheneckerinnen Frau Inge Naumann, Frau Monika Schneider und Frau Catharina Mäge möglich.

Thema:

Wie war das alltägliche Leben hinter Gittern?

Moderatorin: Regina Labahn

Zeitzeuginnen:

Annerose Matz-Donath, verhaftet: 1948
Anita Kutschkau verhaftet: 1966
Edith Fiedler, verhaftet: 1976
Monika Schneider verhaftet: 1983

Fragestellungen sollten beinhalten:

1. Wie war die Arbeit im Zuchthaus?
2. Wie war die Unterbringung in den Zellen?
3. Wie war das Essen?
4. Wie waren die sanitären Einrichtungen?
5. Wie war die ärztliche Betreuung?
6. Wie waren Erzieher und Schließer?

Weitere Fragen über den Alltag im Zuchthaus werden gern beantwortet.

Wir bitten um viele Besucher unseres Aktionstages.

i. A. Edith Fiedler, Te1.: 030 - 6732369

Bundesgeschäftsstelle berichtet über den Stand der Zahlungsverpflichtungen der VOS

Am 16. März 2016 fand beim Sozialgericht Berlin die Verhandlung zwischen der VOS e.V. und der Deutschen Rentenversicherung statt. Wir konnten in der Aprilausgabe nicht darüber berichten, weil die neu berechneten Zahlen noch nicht vorlagen. Im Ergebnis haben wir uns mit der Deutschen Rentenversicherung verglichen, was die ursprüngliche Forderung um 32.006 € verringerte. Bis zum 30. Mai 2016 haben wir einen Betrag von 47.326,72 € zurückgezahlt. Bis zur kommenden Generalversammlung, die im April 2017 stattfindet, werden die noch offenen Forderungen beglichen sein. Wir werden in der kommenden Freiheitsglocke weiter darüber berichten. *Bundesgeschäftsstelle/ fg*

Die VOS gratuliert dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des ehemaligen MfS Roland Jahn zu seiner Wiederwahl für eine zweite Amtsperiode. Bundesvorstand und Redaktion der VOS werden den Bundesbeauftragten weiterhin bei seiner Arbeit unterstützen.

BV/ Redakteur

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)
Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin
PVSt Deutsche Post
Entgelt bezahlt
G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

Bundesgeschäftsstelle der VOS
Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin
Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und **030 – 2655 23 81**
Fax: 030 - 2655 23 82
Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**
Sprechzeiten: Dienstag u. Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr
Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der
Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**
IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01
BIC: PBNK DEFF
Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:
Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82
Mail: lv-berlin@vos-ev.de
Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS
Redaktion und Satz: A. Richter
redaktion@vos-ev.de, Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Satzherstellung Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– **einheitlich für alle Mitglieder**	45,00 €
– Ehepartner (ohne Freiheitsglocke)	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Spenden unbedingt erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de
Fg-Nummer 765/766 erscheint im August 2016
Redaktionsschluss der FG 763/64 am 15.Juni 2016